

Pressemitteilung

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)

Dr. Anne Klostermann

13.11.2024

<http://idw-online.de/de/news842832>

Wissenschaftspolitik
Psychologie
überregional



Appell an Fraktionen: Finanzierung der Psychotherapie-Weiterbildung regeln, GVSG anpassen

Anlässlich der heutigen Anhörung zum Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (GVSG) begrüßen die DGPs und der FTPs den Gesetzesentwurf. Gleichzeitig appellieren sie eindringlich an die Fraktionen, den Entwurf anzupassen, um einen drohenden Fachkräftemangel abzuwenden, eine nachhaltige psychotherapeutische Versorgung zu gewährleisten und die emotionalen Belastungen und Unsicherheiten der angehenden Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu reduzieren. „Trotz der aktuellen Kabinettsumbildung und der bevorstehenden Vertrauensfrage verbunden mit Neuwahlen dürfen hier keine weiteren Verzögerungen auftreten“, betont Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier, Präsidentin der DGPs.

In ihrer Stellungnahme machen die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und der Fakultätentag Psychologie (FTPs) erneut darauf aufmerksam, dass die aktuelle Finanzierung der Weiterbildung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach wie vor unzureichend ist und dringend einer Reform bedarf. DGPs und FTPs fordern, dass die Aufwendungen für Supervision, Theorie und Selbsterfahrung in die Vergütungssätze einfließen. Dies ist entscheidend, um den Berufseinstieg für angehende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten finanziell tragbar zu gestalten und angemessene Gehälter zu ermöglichen. „Der Gesetzgeber muss endlich die Dringlichkeit einer fairen Vergütung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Weiterbildung erkennen“, mahnt Dr. Matthias Sperl, der als Jungmitgliedvertreter die Interessen des wissenschaftlichen Nachwuchses in der DGPs und dem FTPs vertritt. Eine unzureichende Finanzierung könnte die dringend benötigte Verstärkung des Fachpersonals im psychotherapeutischen Bereich gefährden und somit den Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung in Deutschland erschweren. Die fehlenden Finanzierungszusagen gefährden nicht nur die berufliche Perspektive der Studierenden, sondern auch langfristig den Wissenschaftsstandort Deutschland, da Universitäten mittelfristig ein Mangel an klinisch qualifiziertem Nachwuchs für die anspruchsvolle Psychotherapieforschung droht. Prof. Dr. Conny H. Antoni, Vorsitzender des Fakultätentages Psychologie, fordert: „Diesem drohenden Fachkräftemangel muss das Parlament entschieden entgegenwirken.“

Die Stellungnahme kann hier abgerufen werden: <https://www.dgps.de/schwerpunkte/stellungnahmen-und-empfehlungen/stellungnahmen/details/stellungnahme-der-dgps-und-des-ftp-zur-anhoerung-zum-gesetzesentwurf-der-bundesregierung-zum-gesetz-zur-staerkung-der-gesundheitsversorgung-in-der-kommune/>

Kontakt bei Rückfragen:
Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) e.V.
Lehrstuhl für Klinische Psychologie und Psychotherapie
Universität Greifswald

E-Mail: praesidentin@dgps.de

Pressekontakt:

Dr. Anne Klostermann

Pressestelle DGPs

Tel.: 030 28047718

E-Mail: pressestelle@dgps.de

Über die DGPs:

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs e.V.) ist eine Vereinigung der in Forschung und Lehre tätigen Psychologinnen und Psychologen. Die über 5800 Mitglieder erforschen das Erleben und Verhalten des Menschen. Sie publizieren, lehren und beziehen Stellung in der Welt der Universitäten, in der Forschung, der Politik und im Alltag. Die Pressestelle der DGPs informiert die Öffentlichkeit über Beiträge der Psychologie zu gesellschaftlich relevanten Themen. Darüber hinaus stellt die DGPs Journalistinnen und Journalisten eine Expertendatenbank für unterschiedliche Fachgebiete zur Verfügung, die Auskunft zu spezifischen Fragestellungen geben können. Wollen Sie mehr über uns erfahren? Besuchen Sie die DGPs im Internet: www.dgps.de